Protokoll

der 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf
von Berlin

am 02. November 2005

Beginn: 16:35 Uhr Ende: 17.52 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Zum Protokoll des Umwelt-Ausschusses vom 7. September 2005, TOP 4., bittet Frau BV Grigoleit, ihre Nachfrage nach der Art der Gase, die aus der Deponie Wannsee entweichen, zu ergänzen. Im gleichen Anstrich bittet Frau Pirch-Masloch um Neufassung des 2. Halbsatzes „da Kiefern bekanntlich weniger Wasser an den Deponiekörper abgeben".

TOP 1 – Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 2 – Stand der Sanierung Mülldeponie Wannsee

Auf Bitten des Ausschussvorsitzenden sind erschienen Herr Auhagen von der Berliner Stadtreinigung sowie Her Kilz, Berliner Forsten.

BzStR'in Otto teilt mit, dass kurzfristig die Zusage, einen Mitarbeiter von seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zu entsenden, wieder zurückgenommen wurde.

Herr Auhagen berichtet, dass die Wasserhaushaltsschicht Ende 2004 fertig gebaut ist. Die Bepflanzung wurde im Frühjahr 2005 abgeschlossen. An einigen Stellen gab es noch Erosionsprobleme, die aus Sicht der BSR durch den Bauunternehmer nachgebessert werden müssen. Der Kiefernbestand (ca. ein Drittel der gepflanzten Bäume) ist zu 80 % eingegangen. Nachpflanzungen im Rahmen der Gewährleistung sind für das Frühjahr 2006 vorgesehen. Die Kiefern sind aufwendig in Pflanzhöhlen gepflanzt worden.

BV Grigoleit fragt nach, ob das Frühjahr vielleicht nicht die falsche Pflanzzeit ist und ob ein Fertigstellungsvertrag abgeschlossen sei. Herr Auhagen bestätigt, dass eine 5jährige Erhaltungspflege vereinbart sei, so dass die Nachpflanzung zu Lasten des Baumschulenbetriebes geht. Herr Kilz ergänzt, dass durch die ungewöhnlichen Wetterbedingungen im Frühjahr des Jahres eine Pilzerkrankung namens „Schütte" die Kiefern befallen hat. Je nach Wetterbedingungen kann die Frühjahrs- oder Herbstpflanzung jeweils in gleichem Maße zu Ausfällen führen.

BV Kottusch-Geiseler spricht Informationen an, nach denen der befallene Kiefernbestand durch Laubbäume ersetzt werden soll. Aus ihrer Sicht ist zur Funktionsfähigkeit der Wasserhaushaltsschicht der Ersatz von Kiefern durch Kiefern erforderlich.

BV Förster ist der Meinung, dass der Herbst der günstigere Pflanzzeitpunkt ist, eine Kieferngröße von 30 cm zu klein sei und die Wuchshülsen die Pilzbildung gefördert haben. Herr Auhagen bestätigt, dass zumindest in 2006 wieder Kiefern gepflanzt werden. Erst danach wolle man über einen Wechsel der Baumart nachdenken. Das besonders regenreiche Jahr 2004 mit über 700 mm Niederschlag, habe zu der Pilzkrankheit wesentlich beigetragen. Die Pflanzhülsen sind so beschaffen, dass sie die Kiefern über die ersten fünf Jahre schützen.

Frau BV Kottusch-Geiseler fragt danach, in welcher Weise der Wasserhaushalt durch den Ausfall der Kiefern gestört sei.

Herr Kilz erinnert, dass bisher keine erhöhten Werte im Griebnitzsee gemessen wurden und die Funktion der Kiefern gerade sei, die Winterniederschläge zu binden.

Frau BzStR'in Otto fragt, nach wie vielen Jahren die Kiefern so groß geworden sind, dass sie das Ziel der Wasserhaushaltsschicht erreichen und auf welche Weise geprüft wird, ob die von den Gutachtern berechnete Zurückhaltung des Wassers auch tatsächlich stattfindet.

Herr Auhagen berichtet, dass die Durchwurzelung sicherlich viele Jahre dauern würde und keine Kontrolle von seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgeschrieben sei. Die Schadstoffe im Grundwasser werden halbjährlich gemessen.

Frau BV Pirch-Masloch fragt, warum die Wirksamkeit der Wasserhaushaltsschicht nicht wissenschaftlich begleitet würde.

Herr Auhagen teilt hierzu mit, dass das Planungsbüro Rettenberger die entsprechenden Berechnungen des Wasserhaushaltes durchgeführt habe und eine Berechnung besser sei, da sonst viele tausend Messeinrichtungen eingebaut werden müssten.

Frau BV Pirch-Masloch erinnert daran, dass die Messung von Wasserhaushaltsdaten in großen Gefäßen, die in den Boden eingebaut werden, eine geeignetere Methode zur Überwachung des Wasserhaushaltes ist und hierzu wenige Messeinrichtungen vollkommen ausreichen.

Frau BV Kottusch-Geiseler erinnert daran, dass die BV immer wieder gebeten haben, die Messergebnisse zur Kenntnis zu bekommen. Sie fühlt sich hierzu zu wenig informiert.

Frau BV Grigoleit ergänzt, dass auch über die entweichenden Gase der Deponie bei der Begehung am 24.09.05 keine Aussagen gemacht wurden.

Herr Auhagen teilt mit, dass die Wasseruntersuchung regelmäßig entsprechend den Auflagen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeldet werden. Die Werte sind in den letzten Jahren kaum verändert. Das aus der Deponie abgesaugte Gas wird im Hahn-Meitner-Institut zur Wärmegewinnung benutzt. 1980 waren noch 50 % Methan in dem Deponiegas, diese Werte sind inzwischen wesentlich gesunken, so dass die Nutzung des Methans nur mit Zugabe von Erdgas möglich ist.

Herr Kilz ergänzt, dass insgesamt 220 Gassonden die Deponiegase aus dem Deponiekörper heraussaugen. Die Daten zu den Grundwassermessstellen gebe der Abteilungsleiter, Herr Breitenkamp, nur persönlich heraus, da er den Missbrauch der Daten befürchtet.

Der Vorsitzende, Herr BV Ronnisch, fasst zusammen, dass die Fragen der BV heute insoweit beantwortet wurden. Es stehen noch Antworten von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aus. Hierzu sollen für die nächste Sitzung des Umweltausschusses Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eingeladen werden.

TOP 3 Anträge

TOP 3.1. Bepflanzung Mülldeponie Wannsee, Drs. 1682/II – GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 3.2. Lärmbelästigung durch AVUS, Drs. 1695/II (neu) – Fraktionen SPD, GRÜNE

Frau BzStR'in Otto berichtet, dass im Zuge einer Lärmsanierung 1988 östlich der AVUS zwischen dem Kreuz Zehlendorf und der Anschlussstelle Spanische Allee eine Lärmschutzwand errichtet wurde, welche die unmittelbar anliegenden Wohnhäuser Libellenstr. 9 - 17 schützen sollen. Der Mittelungspegel sank dadurch von ca. 75 dB (A) auf ca. 65 dB (A).

Weitergehende Maßnahmen waren nicht vorgesehen. Für die höher gelegene Bebauung östlich der Autobahn (BAB 115) und hinter dem Nikolassee westlich gelegenen Bebauung bestand nur die Möglichkeit des passiven Schallschutzes.

Frau BV Kottusch-Geiseler bemerkt, dass die Lärmschutzwand den Schall von der Autobahn reflektiert, so dass die Anwohner in Nikolassee mehr betroffen sind als zuvor. Aus ihrer Sicht würde eine Temporeduzierung nicht viel beitragen. Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die Wirkung der Lärmschutzwand erneut zu prüfen. BzStR'in Otto bietet an, hierzu intensive Gespräche mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zu führen, sofern ein Auftrag durch die BVV erfolgt.

Frau BV Kottusch-Geiseler fragt an, ob das BA den Lärm messen könne.

Frau BV Pirch-Masloch regt an, die Geschwindigkeit regelmäßig kontrollieren zu lassen.

Frau BzStR'in Otto berichtet, dass eine Messung durch SenStadt in 2004 stattgefunden hat.

Herr Dr. Ruck ergänzt, dass ein Schutz vor Lärm nur bei einem Neubau und wesentlicher Änderung auf der Grundlage der 16. Bundesimmissionsschutz-Verordnung gesetzlich eingefordert werden kann. Bei der Sanierung von Straßen im Bestand bestehe kein Rechtsanspruch. Die Experten für die Messung, Berechnung und Beurteilung des Straßenverkehrs sind bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Er hält hier intensive Gespräche für sinnvoll und möglich.

Die antragstellende Fraktionen ändern den Antragstext wie folgt:

„Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der zuständigen Stelle dafür einzusetzen, dass der Lärmschutz der Avusstrecke an der Libellenstraße zwischen der Alemannenbrücke und der Überführung Prinz-Friedrich-Leopold-Straße verstärkt wird.“

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4 – Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 4.1.
Frau Otto berichtet vom Oktoberfest in der Fischerhütte. Durch die Ausnahmezulassung des Umweltamtes ist die Lärmbelastung für die Anwohner akzeptabler gewesen.

TOP 4.2.
Das Bezirksamt wird am 09.01.2006 in einer Veranstaltung insbesondere für die Vorstände der KGA im Bezirk über das Thema Abwasser in Kleingartenanlagen informieren.

Herr Dr. Ruck ergänzt, dass in der Vergangenheit Sickergruben oder undichte Abwassergruben eingebaut wurden, die zu einer unzulässigen Verunreinigung des Bodens und Grundwassers führen. Dieses Thema ist nun bundesweit unter Einbeziehung der Berliner Wasserbetriebe (Entsorgungsnachweis) auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt worden.

TOP 4.3.
Der Aktionskreis Energie informiert im Auftrag des Bezirksamtes am 22.11.05 Hausbesitzer und am 05.12.05 Hausverwaltungen jeweils zum Thema Energieverbrauchsausweise. Diese sind ab 04.01.2006 durch eine EU-Richtlinie verbindlich vorgeschrieben.

Frau BV Sunkel fragt nach, welche Ausweise denn gelten werden, da drei verschiedene Berechnungsmodelle im Gespräch sind.

Herr Dr. Ruck erläutert, dass die neue Energieeinsparverordnung 2006 infolge der Neuwahlen auf Bundesebene nicht beschlossen wurde. Insbesondere ist zwischen einem Energie<u>bedarfs</u>ausweis und Energie<u>verbrauchs</u>ausweis zu unterscheiden. Das Bezirksamt beabsichtigt in seiner Vorbildfunktion spätestens Anfang Januar die ersten Gebäude mit Energieverbrauchsausweisen auszustatten.

BV Pirch-Masloch äußert sich anerkennend über die Arbeit des Aktionskreises Energie und bittet, die Themen auch in den folgenden Umweltausschüssen vorzustellen.

TOP 4.4.
BzStR’in Otto verteilt ein Faltblatt zu Grillfeuer, das in den vorangegangenen Ausschusssitzungen noch nicht zur Verteilung kam.

TOP 5 - Verschiedenes

Es wird daran erinnert, die Protokolle früher an die BVV zu versenden. So ist es sehr unglücklich, erst mit der Einladung zur heutigen Sitzung das Juni-Protokoll zu erhalten.

Die SPD-Fraktion bittet um die Verteilung eines aktuellen Organigramms des Umweltamtes.

BV Pirch-Masloch verabschiedet sich von den Mitgliedern des Umweltausschusses, da dies ihre letzte Sitzung sei und lädt ein zum 14.11.05, 10.00 Uhr, zur Einweihung der Bürgersolaranlage in der Realschule Teltow.

Ausschussvorsitzende:	BV Ronnisch
Schriftführer:	BV Pirch-Masloch
Protokoll:	Herr Torns

Anlage

Umweltamt Steglitz-Zehlendorf

Stand 1.7.2005

Postanschrift: 12154 Berlin
Telefon: 030 **90299**– 7319 (Geschäftszimmer), Fax: -5359
Rufnummern nach /- = Vertretung

Um L
Hr. Dr. Andreas Ruck,
Tel -6458/-7805
Amtsleitung

Um 1
Hr. Schlitt, Tel -7961/-6459
Umweltverwaltung

Schutz vor Immissionen (Luftverunreinigungen, Lärm Licht etc.); Schutz von Boden und Grundwasser; Gewässerreinhaltung; Ordnungsgemäße Abfallentsorgung von Privatgelände.

Vollzug § 22 BImSchG sowie Verordnungen nach § 23 BImSchG; LärmVO, VAwS, VGS, §27 KrW-/AbfG; Verwaltungsverfahren, Bußgeldverfahren.

Annahme von Anzeigen und Beschwerden.

Beratung zu umweltrechtlichen Fragen.

Um 2
Hr. Torns, Tel -7805/-7934
Umwelttechnik
stv. Amtsleitung

Schutz vor Immissionen (Luftverunreinigungen, Lärm Licht etc.); Schutz von Boden und Grundwasser; Gewässerreinhaltung; Ordnungsgemäße Abfallentsorgung von Privatgelände. Vorsorge vor Beeinträchtigungen durch Schadstoffe in der Innenraumluft.

Technische Beurteilungen, Ortsbesichtigungen, Überwachungen, Messungen.

Beratung zu umwelttechnischen Fragen.

Um 3
Fr. Dr. Schroetter 5960/-5954
Umweltplanung
Gefahrenbeherrschungsgesetz

Schutz der Umwelt vor erheblichen Störfällen bei nicht gewerblichen Anlagen für ganz Berlin (Vollzug GefG);

Umweltschutz durch Planungsverfahren: insb. Immissionsschutz, Energieeinsparungen.

Stellungnahmen zu Baugenehmigungen, Bebauungsplänen; Stellungnahmeersuchen anderer Dienststellen, bezirkliche Angel., Energiebeauftragter, Mobilfunk.

Beratung zu Aufgaben der Gruppe.

Um 4
Fr. Dr. Ehrig, Tel -7952/-6458
Bodenschutz
Altlasten

Schutz vor Gefahren durch Gifte im Boden und Grundwasser. Schutz vor dem Aufbringen von kontaminiertem Bodenmaterial.

Ermittlung und Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen (Altlasten); Wissenschaftliche Beurteilung und Vollzug BBodSchG

Beratung zu Aufgaben der Gruppe.